

Inklusion im Emdener Schulalltag noch fern

BILDUNG Film über Hager Jungen mit Down-Syndrom zeigt, wie es funktioniert – Aber das Geld ist knapp

VON MONA HANSSEN

EMDEN - Es ist ernüchternd: Die Schulen sind mit immer mehr Herausforderungen konfrontiert und doch fehlen die Mittel an allen Ecken und Enden. Zum einen würden Teilhabe, Integration und Inklusion immer wichtiger und nötiger, wie es jetzt im Schulausschuss des Emdener Rates anklang. Zum anderen müssen Maßnahmen dafür so effizient wie möglich sein, weil das Land Niedersachsen als Schulträgerin das Geld beisammenhält. Sich an dem Film „Paul 21“ über die Inklusion eines Hager Jungen mit Down-Syndrom an einer Regelgrundschule ein Beispiel zu nehmen, wie Ausschussmitglied Horst Götze (SPD) hervorhob, erscheint da in weiter Ferne.

„Was vom Land kommt, reicht nicht aus“, sagte Thomas Sprengelmeyer, Leiter des Fachbereichs Jugend, Schule und Sport, als er im Ausschuss einen Überblick zu bisherigen und kommenden Maßnahmen gab. In Notfällen müsse auch in die klemme Stadtkasse gegriffen werden. Denn: „Wenn wir nichts machen, werden Schülerinnen und Schüler nicht integriert“, sagte er. Und das wolle man unbedingt vermeiden.

Das sind die Herausforderungen

Sprengelmeyer zählte unter anderem Sprachdefizite, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsverzögerungen im geistigen sowie Lernbereich auf. Bei den letzten Schuleingangsuntersuchungen hätten beispielsweise an der Grundschule Grüner Weg im Ortsteil Barenburg „fast 50 Prozent der Kinder erhöhte Förderbedarfe“ gezeigt, so der Fachdienstleiter.

Aber: „In fast jeder Schule laufen Maßnahmen.“ Und: Alle Herausforderungen gebe es auch im gym-



Ein Mädchen lernt im Unterricht mithilfe eines Tablet-Computers. Schulbildung verändert sich, und es gibt immer mehr Herausforderungen.

SYMBOLFOTO: PIXABAY

nasialen Bereich. Insbesondere in den Grundschulen wolle man aber einwirken, denn: Etwa Kinder mit emotional und sozial eingeschränktem Verhalten - umgangssprachlich auch Systemsprenger genannt - müsse man in der Grundschule schon „so weit stabilisieren, dass sie danach auch die weiterführende Schule schaffen“, so Sprengelmeyer. In den weiterführenden Schulen nämlich sei eine Förderung sehr viel schwieriger. „Dann müssen die Schüler klarkommen.“

Recht auf Ganztagsgrundschule

Neben den Lehrkräften seien mehr als 100 Personen zusätzlich in der Begleitung der Kinder in Emdener Grundschulen eingesetzt, sagte Sprengelmeyer. Das sind beispielsweise Leute aus der Sozialpädagogik oder der Sozialarbeit. Diese helfen in Einzelfallmaßnahmen aus, wenn ein Kind in einer Klasse große Probleme hat, und betreu-

en Projekte. Dabei geht es etwa darum, eine Ganztagsbetreuung sinnvoll und strategisch durchzuführen.

Der Bundestag hat aktuell darüber abgestimmt, dass jedes Kind, das ab dem Schuljahr 2026/2027 eingeschult wird, in den ersten vier Schuljahren Anspruch auf einen Ganztagsplatz bekommt. Wie das im Detail funktionieren soll, sei aber noch nicht bekannt. „Die Umsetzungsverordnung muss noch kommen“, sagte Sprengelmeyer. Stadtrat Volker Grendel hofft allerdings, dass im Zuge der Umsetzung mehr Geld fließen könnte. „Das müssen wir nutzen“, betonte er.

Eltern mehr einbeziehen

An der Grundschule Grüner Weg laufen derzeit drei Projekte. Unter anderem werde mit der gemeinnützigen Gesellschaft Outlaw eine Jugendgruppe mit Sechs- bis Achtjährigen geleitet, um mit diesen zu ar-

beiten, bevor sie „nicht mehr einzufangen sind“, so Sprengelmeyer. In Kooperation mit der diakonischen Einrichtung Leinerstift werde versucht, „mit bestimmten Kindern und ihren Eltern in der Schule zu arbeiten“. Bei allen Projekten sei die Mitarbeit der Eltern schließlich wichtig. „Wie können wir die Eltern mehr einbeziehen?“, stellte Sprengelmeyer in den Raum.

Eine Auswertung über die Folgen der Corona-Pandemie für Kinder laufe an der Fröchteburgschule. Der Fokus liege auf den jetzigen Erst- und Zweitklässlern. Eine Sozialarbeiterin der Ostfriesischen Beschäftigungs- und Wohnstätten begleite das. An der Westburgschule gehe es unter anderem darum, „tagesstrukturierende Maßnahmen“ durchzuführen. Zahlreiche Kinder hätten keine Struktur zu Hause, sie würden dort links liegen gelassen. Eine solche Gruppe sei schon da, die Nachfrage aber sehr groß, so dass eine

zweite eingerichtet werden soll.

„Die Sprachdefizite sind erheblich“

In der Grundschule Larrelt gebe es eine Pädagogin, die die Schule begleitet. Dort würden einige sogenannte Systemsprenger besonders betreut. Eine jahrgangsübergreifende Lerngruppe soll eingerichtet werden. An der Integrierten Gesamtschule werde indes an einer fächerübergreifenden Sprachlernklasse gearbeitet. „Die Sprachdefizite sind erheblich“, sagte Sprengelmeyer. Bei dem Projekt wolle man auch schauen, wie man Maßnahmen bei anderen Oberschulen durchführen könne. Schülerinnen und Schüler der Oberschule Borssum würden derzeit zusammen mit dem Jugendzentrum des Stadtteils in Zukunftswerkstätten daran arbeiten, wie es an der Schule weitergehen und was verbessert werden soll. „Letztes Jahr sind die An-

WAS UND WARUM



Kontakt:
m.hanssen@zgo.de

Darum geht es: Weil die Mittel fehlen, müssen Integration, Inklusion und Teilhabe an Schulen effizient organisiert werden.

Vor allem interessant für: Emdenerinnen und Emdener, Eltern mit schulpflichtigen Kindern, Gesellschafts- und Bildungsinteressierte

Deshalb berichten wir: In der letzten Sitzung des Schulausschusses in dieser Ratsperiode stellte Thomas Sprengelmeyer eine Übersicht zu Maßnahmen an Schulen vor.

meldezahlen in den Keller gegangen“, erklärte der Fachdienstleiter.

Die Stadt wolle so wenige Einzelfälle wie möglich handhaben und stattdessen die Maßnahmen systemisch, also übergreifend, durchführen. Schon jetzt müssten rund zwei Millionen Euro für die normalen Projekte ausgegeben werden, „was sich nach oben hin ausweitete“. Viel Spiel habe die Stadt da nicht mehr. Das, was man leisten könne, damit müsse man auskommen und das dann verstetigen, also langfristig anwenden.

Ein weiterer wichtiger Punkt für ihn: Fachkräfte zu binden. Das gestalte sich aber sehr schwierig, weil es häufig nur halbe Stelle seien, die auf ein halbes oder ein Jahr befristet seien. „Da kann man sich ja ausrechnen, wer sich darauf beruht“, meinte Sprengelmeyer. Es müsse mehr Planungssicherheit geschaffen werden.